

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 4

Artikel: Was kann der Westen tun?
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092951>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was kann der Westen tun?

Die grosse Bewegung, in welche die Länder des Ostens geraten sind, ist ein gleichzeitiger und zusammenhängender, nicht aber durchwegs gleichartiger Prozess. Wir haben in der letzten Nummer aus methodischen Gründen eine Hauptunterscheidung zwischen zwei Gruppen gemacht: Eine erste Gruppe umfasst die Sowjetunion und Bulgarien; dort sind die Reformen (am System) von oben verordnet worden. Eine zweite Gruppe umfasst die übrigen osteuropäischen Länder; dort sind Reformen (auf Kosten des Systems) von unten gefordert bis durchgesetzt worden. Selbstverständlich kommen die jeweiligen Merkmale in der Praxis nicht exklusiv vor, aber die Unterscheidung erweist ihren Nutzen bei der Betrachtung der summierten Veränderungen. Das gilt auch in besonderem Masse dann, wenn wir die wünschbare Haltung des Westens bestimmen wollen. Diesem Thema ist der heutige Beitrag gewidmet, der die Serie abschliesst.

Vorab sind zwei allgemein gültige Feststellungen zu machen: Einerseits hat der Westen ein ausserordentlich grosses Interesse an einem schliesslichen Erfolg der Reformbewegung. Andererseits wird er in Notlagen und Katastrophen zu einer humanitären Hilfe verpflichtet sein, wo immer solche Fälle auftreten.

Ein Nettogewinn für die Menschheit kann kein Verlust für den Westen sein

Bezüglich des westlichen Interesses am Erfolg der Reformbewegung sind einige Anmerkungen beizufügen. Es wäre natürlich naiv zu glauben, dass mit der Öffnung der geschlossenen Gesellschaften alle oder der grosse Teil der Probleme gelöst wären, die uns heute im Westen beschäftigen. Es spricht sogar vieles dafür, dass uns aus dem Erfolg der Reformbewegungen in Osteuropa eine Reihe neuer Probleme erwachsen werden. Deshalb gibt es Kreise im Westen, die durchaus zu Recht etwa darauf hinweisen, dass die Demokratisierung Osteuropas dem Westen ein innenpolitisch motivierendes Feindbild entzieht. Sie unterstreichen, dass der Wegfall einer offensichtlichen Bedrohung von aussen die innere Kohäsion in den westeuropäischen Ländern gefährden könnte.

kreise angewiesen und darf diese Mitwirkung nicht erzwingen. Sie erweist sich nach bisheriger Erfahrung dann am stärksten, wenn einsichtige äussere Gefahren selbsttätige Motivationskräfte entwickeln, welche die Konsensfindung erleichtern, die Kompromissbereitschaft fördern, die Wehrbereitschaft über alle Zweifel sichern und die soziale Solidarität zur Selbstverständlichkeit erheben.

Obwohl dies durchaus zutrifft, ist es kein gültiges Argument gegen einen Erfolg der osteuropäischen Reformbewegung. Die Demokratie kann es niemals verantworten, ihre Stärke aus der Schwäche unterjochter Völker abzuleiten. Die Freiheit ist eben letztlich doch unteilbar: Wenn die offene Gesellschaft es nicht zustande bringt, die äussere Bedrohung durch eine ethische Bewusstseins-erweiterung zu ersetzen, so wird sie einmal mehr politische Umwege einschlagen müssen, um praktische Erfahrungen zu sammeln und später nachzuholen, was früher verpasst worden ist. Der Vorgang wäre nicht neu und im Hinblick auf die kurze Geschichte der Menschheit auf dem Hintergrund einer langen Existenz unserer Erde durchaus nicht unverständlich, aber eben doch bedauerlich.

Deshalb wäre der Menschheit mehr gedient, wenn die Reformbewegung in Osteuropa das Ziel der Demokratisierung verwirklichen würde. Dann nämlich könnte die eingangs erwähnte konstruktive Zusammenarbeit innerhalb des industrialisierten Nordens – zwar noch ohne China, aber bereits ganz Europa neben Nordamerika und Japan umfassend – aufgenommen werden. Der Abbau der Konfliktslage auf der Ost-West-Achse wird zunehmende Einsparungen erlauben, nicht nur im Verteidigungsetat der meisten Länder, sondern auch bei den Ausgaben für Angriffs- und Verteidigungshandlungen im Rahmen des politischen Krieges. Wenn «Falschmelder» und Geheimpolizisten brotlos werden, ist das ein Nettogewinn für die Menschheit.

Für die so eingesparten Mittel haben wir längst sinnvolle Verwendungszwecke auf der Ebene des Umweltschutzes und jener der Entwicklungsförderung. Wenn hier nicht sehr schnell sehr viel mehr geleistet wird, so könnte die Menschheit ernstlich Schaden erleiden durch Umweltzerstörung oder Übervölkerung.

Unterstützung ohne Zusammenarbeit gibt es nicht

Wenn die freie Welt also ein existenzielles Interesse am Gelingen der osteuropäischen Reformbewegung hat, so stellt sich mit allem Nachdruck die Frage nach der Unterstützung, welche dieser Bewegung von uns aus gewährt werden kann.

Vorab sollten wir nicht von Hilfe sprechen; der Begriff ist sachlich falsch und psychologisch anmassend. Nur im Falle einer drohenden Hungersnot sollte humanitäre Hilfe geleistet werden. Sonst ist Zusammenarbeit auf allen Ebenen notwendig.

Es geht in erster Linie um den Erfahrungsaustausch. Es gibt ganze Bibliotheken über die angeblich naturgesetzliche Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus, aber noch fehlen Theorien und Handbücher zum Übergang von der gescheiterten Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft. Vorstellungen darüber lassen sich nur im Dialog erarbeiten.

Die UdSSR und die andern

Der Sowjetunion gehen wir am besten zur Hand

– mit der Organisation von Seminarien im Westen;

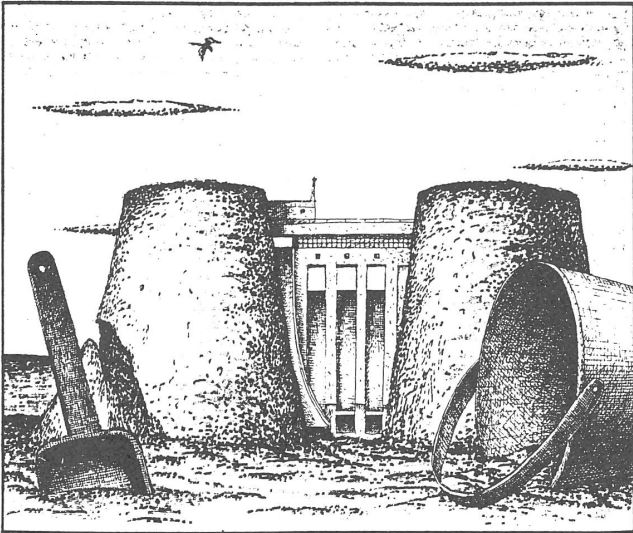
– mit der Entsendung kompetenter Referenten;

– mit der Ausbildungshilfe etwa in Form von Stagiaires in Verwaltung und Wirtschaft, bei politischen Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden;

– mit der Anstellung sowjetischer Jungbauern als Lehrlinge bei westeuropäischen Bauern mit anschliessender Ausbildung in Landwirtschaftsschulen;

– mit der Vermittlung von Büchern und Broschüren beispielsweise über den rechtlichen Rahmen und die praktische Handhabung der Menschenrechte in Demokratien.

Auf der wirtschaftlichen Ebene sollte eine volle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion



«Energija», Moskau,
Nr. 12/1989.

erst aufgenommen werden, wenn dort tiefgreifende Strukturänderungen angelaufen sind, so z. B. Verkauf des staatlichen Haus- und Wohnungseigentums zur Bekämpfung der bedrohlichen Inflation; Deponierung – nicht Verkauf – der sowjetischen Goldreserven als Sicherheit für Schatzscheine zur Beschaffung von Devisen zwecks Ankaufs von Konsumgütern; Zulassung von Joint ventures mit rein westlichem Management, dem die Kompetenz eingeräumt werden müsste, ungenügende Arbeitskräfte zu entlassen, weil das eine wirkungsvolle Ausbildungshilfe für die sowjetische Arbeiterschaft

wäre; schliesslich Konvertierbarkeit des Rubels.

Wir wissen, dass solche Massnahmen in Moskau ernsthaft geprüft werden. Deren Erlass hängt auch von der Akzeptanz und damit von der breiten Einsicht in deren Notwendigkeit ab, eine Einsicht, die sich auch in der Forderung nach tiefgreifenden Wirtschaftsreformen durch die Bevölkerung erweisen müsste.

Bezüglich der mitteleuropäischen Länder sind diese Formen der Zusammenarbeit

ebenfalls, wenn auch in viel bescheidenerem Umfang, nötig. Dagegen sollten Joint ventures rasch gefördert werden, auch in der DDR, weil eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dieses Landes von der Bundesrepublik politisch unklug wäre.

EFTA jetzt, EG später

Eine Schlüsselrolle könnte ganz besonders auch die EFTA spielen.

Zwar kann die sehr viel stärkere Europäische Gemeinschaft (EG) Handelsabkommen schliessen, Investitionen vermitteln und notfalls humanitäre Hilfe in grossem Ausmass leisten. Aber eine institutionelle Zusammenarbeit scheint auf absehbare Zukunft ausgeschlossen. Anders die kleinere, flexiblere, weil nicht supranationale EFTA. Sie könnte einen ersten bescheidenen Status ähnlich den Sondergästen im Europarat schaffen und damit den mitteleuropäischen Ländern lehrreiche Einblicke in eine internationale, marktwirtschaftlich ausgerichtete Organisation vermitteln. Sogar eine Freihandelszone mit Ungarn und Polen läge im Bereich der Möglichkeiten.

Vor allem dürfen wir die psychologische Bedeutung der Begegnung von Mensch zu Mensch auch innerhalb von Organisationen nicht unterschätzen. Nur so sind Annäherungen möglich, welche der Kontinentwerdung Europas im Interesse der Völker hüben und drüben dienen. Im Zuge der sozialen Evolution ist uns diese Kontinentwerdung als Etappe unentzinnbar aufgegeben. ■

BRIEFE

Wie viele Ukrainer?

(Zeitbild, Nr. 3/1990, S. 6)

In seinem guten Beitrag über die Ukraine hat der anonyme Autor eine falsche Zahl verwendet. Die Ukraine zählt nicht rund 40 Millionen, sondern gut 50 Millionen Einwohner. Die 40 Millionen könnten der Zahl der Ukrainer im ethnischen Sinn entsprechen, aber das weiss man nicht genau.

Die Ukraine wies laut Volkszählung vom Januar 1989 zu diesem Zeitpunkt 51 704 000 Einwohner auf, aber die Publikation der nationalen Zusammensetzung steht noch aus. Laut Volkszählung von 1979 lebten damals in der Ukraine 36,5 Millionen Ukrainer und 10,5 Millionen Russen. Dazu kamen

noch 633 000 Juden, 416 000 Rumänen oder «Moldauer», 406 000 Weissrussen, 258 000 Polen und so weiter. Seit der Volkszählung von 1989 ist mehr als ein Jahr vergangen, und immer noch werden die Daten über die Nationalitätenstruktur der UdSSR zurückgehalten. Das fällt um so mehr auf, als es sowohl der bisherigen Praxis als auch der Glasnost-Politik widerspricht. Das Thema ist inzwischen brisant geworden, und überdies gibt es vielleicht noch den konkreten Grund, dass die Zahl der Nichtrussen erstmals höher sein könnte als die Zahl der Russen.

Den differenzierten Ausführungen über die «nationale» Rolle der Ruch und der Kirchen kann ich nur beipflichten. Analoges lässt sich zu den Westgebieten der Sowjetunion überhaupt sagen: Vom Baltikum bis zur Moldau sind die Kräfte der nationalen Emanzipation identisch mit den Kräften der gesellschaftlichen Emanzipation, und so betrachtet ist es ein Paradox, wenn man sie als «Bedrohung der Perestrojka» versteht. Dieser «Nationalismus» ist wirklich von anderer Beschaffenheit als der Nationalismus in Aserbaidschan oder Zentralasien.

Jerzy Bahr

Rechnen schwach

(30 Jahre Zeitbild, Nr. 2/1990, S. 8)

Herzlichen Glückwunsch zum 30. Geburtstag von Zeitbild. Auch ich bin seit 30 Jahren dabei. Und es sind 30 Jahre und nicht «eigentlich 29 Jahre». Denn einer, der im Januar 1960 geboren wurde, hat im Januar 1990 wirklich 30 Jahre gelebt; ist also 30 und nicht 29.

Das ist eben keine Parallele zum letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Es fängt natürlich erst am 1. 1. 1991 an und endet am 31. 12. 2000.

Jedenfalls wünsche ich Ihnen noch viele Jahre fruchtbarer Wirkens und danke Ihnen für die vielen Anregungen in den vergangenen (vollen) 30 Jahren. Ihr H. B.

Red. ZB: Natürlich haben Sie recht. Ich wollte besonders gscheit tun und war besonders blöd. Auf so nette Art darauf aufmerksam gemacht zu werden, tut gut. Ihr Christian Brügger